

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0575/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 06.12.2022
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2022, öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
08.12.2022	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2022, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2022, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.11.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Tivoli Aachen - Club Lounge 1, Krefelder Straße 205, 52070 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Johannes Hucke	Vorsitzender
Bürgermeister Norbert Plum	
Ratsherr Matthias Achilles	Vertretung für: Ratsherr Christoph Allemand
Ratsherr Harald Baal	
Ratsherr Marc Beus	
Ratsfrau Gaby Breuer	
Ratsherr Dr. Sebastian Breuer	Vertretung für: Ratsfrau Astrid Vogelheim
Ratsfrau Julia Brinner	
Ratsherr Wilhelm Helg	
Ratsherr Wolfgang Palm	
Ratsherr Carsten Schaadt	
Frau Maria Dörter	
Herr Jan Frieders	
Herr Alexander Gilson	
Herr Ernst-Rudolf Kühn	
Herr Tobias Küppers	

Herr Dieter Müller
Herr Ralf Demmer
Frau Brigitte Roth

Abwesende:

Ratsherr Christoph Allemand	entschuldigt
Ratsfrau Astrid Vogelheim	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Herr Herrmann	FB 13
Herr Jansen	Dez. III
Herr Kemperdick	FB 23
Frau Ohlmann	FB 61
Herr Schaub	Dez. III
Herr Schuster	FB 60
Frau Strehle	FB 61

als Schriftführerin:

Frau Vohn

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022 und vom 22.09.2022, öffentlicher Teil**
 - 2.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022, öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0546/WP18
 - 2.2 **Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2022**
Vorlage: FB 61/0531/WP18

- 3 **Lothringerstraße zwischen Wilhelmstraße und Oppenhoffallee;
Ausbau zur Fahrradstraße im Vorfeld zur Regionetz-Erneuerung der Leitungstrassen für
Kanal, Fernwärme und sonstigen Versorgungsträgern
hier: Ausführungsbeschluss und Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: FB 61/0445/WP18**
- 4 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie;
hier: Ergebnis Fassadenwettbewerb
Vorlage: FB 61/0481/WP18**
- 5 **Bebauungsplan Nr. 956 -Branderhofer Weg / Am Römerhof-
hier: - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0488/WP18**
- 6 **Standort für die Kur- und Rehaklinik Burtscheid
Bürgerantrag gem. §24 GO NRW
Vorlage: FB 61/0509/WP18**
- 7 **Bebauungsplan Nr. 973 - Karl-Kuck-Straße / Sportplatz - nach § 13a BauGB
hier: - Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB
 - Ergebnis der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB
 - Erneuter Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0519/WP18**
- 8 **Altstadtquartier Büchel - Konzeptverfahren Baustein Wissen:
Eckpunkte Programm und Standort
Vorlage: Dez III/0012/WP18**
- 9 **Bericht Varnenum – aktueller Stand der Untersuchungen etc.
Es wird mündlich berichtet.**
- 10 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 11 **Neue Nachbarschaft am Kloster der Elisabethinnen**
hier: Ergebnis des Werkstattverfahrens
Vorlage: FB 61/0487/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022 und vom 22.09.2022, nichtöffentlicher Teil:**
- 1.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022, nichtöffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0547/WP18
- 1.2 **Genehmigung der nicht öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2022**
Vorlage: FB 61/0532/WP18
- 2 **Private Bauvorhaben:**
- 3 **Vorbereitende Untersuchungen östliche Innenstadt – Sachstandsbericht mit Schwerpunkt: Entwicklungen private Bauvorhaben in der Adalbertstraße**
Vorlage: FB 61/0512/WP18
- 4 **Kloster Lousberg, aktueller Stand**
Es wird mündlich berichtet.
- 5 **Revitalisierung des ehemaligen Hutchinson-Areals**
hier:
- Ergebnis des Studierendenwettbewerbs
- weiteres Vorgehen
Vorlage: FB 61/0497/WP18
- 6 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Verwaltung, Öffentlichkeit und Presse.

Zur Tagesordnung beantragt Herr Plum, den Tagesordnungspunkt II/4 - Neue Nachbarschaft am Kloster der Elisabethinnen – in den öffentlichen Teil zu verschieben und direkt nach der Genehmigung der Niederschriften zu beraten.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss bestätigt Frau Ohlmann, dass seitens der Verwaltung keine Bedenken gegen eine öffentliche Beratung dieses Punktes bestünden.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Verschiebung des Punktes II/4 in den öffentlichen Teil einstimmig zu.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung wird Frau Brigitte Roth als neue Vertreterin des Seniorenrats im Planungsausschuss entsprechend den Regelungen der Gemeindeordnung NRW verpflichtet.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022 und vom 22.09.2022, öffentlicher Teil

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0546/WP18

Herr Hucke weist darauf hin, dass die Druckfassung der Niederschrift noch Fehler in der Anwesenheitsliste enthalte, die im Ratsinformationssystem bereits korrigiert. Er schlägt vor, die Niederschrift mit einer entsprechenden redaktionellen Anpassung zu genehmigen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2022, öffentlicher Teil unter Berücksichtigung der redaktionellen Anpassung der Anwesenheitsliste in der im Ratsinformationssystem zur Verfügung stehenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

zu 2.2 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2022

Vorlage: FB 61/0531/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 22.09.2022

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Lothringerstraße zwischen Wilhelmstraße und Oppenhoffallee; Ausbau zur Fahrradstraße im Vorfeld zur Regionetz-Erneuerung der Leitungstrassen für Kanal, Fernwärme und sonstigen Versorgungsträgern hier: Ausführungsbeschluss und Bereitstellung überplanmäßiger Mittel Vorlage: FB 61/0445/WP18

Für die Fraktion der Grünen kündigt Frau Dörter Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Der Verlust der Fördermittel sei sehr ärgerlich, dennoch halte man das Projekt für einen wichtigen Baustein nicht nur aus mobilitätspolitischer Sicht, sondern auch im Sinne der Quartiersentwicklung. Mit der Neugestaltung des Platzes, der heute noch sehr untergenutzt sei, erwarte man eine deutliche Aufwertung, die der Anwohnerschaft im Viertel zugutekommen werde. In der weiteren Ausgestaltung und Umsetzung bitte man darum, eine ökologisch hochwertige Bepflanzung statt einfacher Bodendecker vorzusehen.

Für die SPD-Fraktion signalisiert Herr Plum für den Maßnahmenbestandteil in der Zuständigkeit des Planungsausschusses, nämlich für den Platzbereich, grundsätzlich ebenfalls Zustimmung. Man bitte jedoch um Auskunft, wie sich die Verschiebung der Mittel aus anderen Maßnahmen konkret auswirken würden, insbesondere im Bereich Kaubenden sehe man ebenfalls Handlungsbedarf und wolle keine Nachteile für die Entwicklung des Gebietes auslösen. Ausdrücklich zurückweisen wolle man zudem den in einem Presseartikel angedeuteten und scheinbar auf Aussagen aus der Verwaltung beruhenden Vorwurf, dass die Ursache für den Verlust von Fördermitteln auch in einer zu langwierigen politischen Beratung der Maßnahmen liege. In den zuständigen politischen Gremien sei zügig und verantwortungsbewusst beraten und beschlossen worden. Wenn eine Verwaltungsvorlage allerdings nicht überzeugend oder gar mangelhaft sei, sehe man sich als Ausschuss praktisch gezwungen, eine Überarbeitung zu verlangen, um eine ordentliche Beschlussgrundlage zu erhalten.

Frau Strehle stellt kurz die Beschlusshistorie zum Projekt dar und bestätigt, dass nur Mittel zur Deckung vorgeschlagen würden, deren Bewirtschaftung in 2022 nicht mehr vorgesehen sei. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2023 werde eine Neueinplanung erfolgen.

Für die CDU-Fraktion verweist Herr Baal auf die häufigen Beratungen zu diesem Platz und betont, dass man bereits zahlreiche Anregungen gegeben habe. Das Ergebnis halte man nicht für so überzeugend, dass man heute einen Empfehlungsbeschluss für die gesamte Maßnahme und deren Finanzierung aussprechen wolle. Die entscheidende mobilitätspolitische Diskussion wolle man im zuständigen Mobilitätsausschuss führen, anmerken wolle man jedoch bereits, dass eine Nachfinanzierung von 1,8 Mio. € zulasten anderer, ebenfalls wichtiger Maßnahmen im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung keine Blaupause für zukünftige Projekte darstellen könne. Dem Verlust der Fördermittel liege sicherlich kein schuldhaftes Verzögern zugrunde. Die Prozesse, die eine solche Maßnahme erforderte, seien komplex und benötigten Zeit, damit am Ende die beste Lösung gefunden werden könne. Vor diesem Hintergrund sei es allerdings nicht akzeptabel, der Politik in der Öffentlichkeit die Schuld zuzuschieben, hier bitte man zukünftig um einen respektvolleren Umgang miteinander.

Für die Fraktion Die Zukunft betont Herr Achilles, dass die Politik selbstverständlich die Verantwortung für die beschlossenen Maßnahmen gegenüber den Bürger*innen trüge, dies vertrete man auch bereitwillig in der Öffentlichkeit. Dazu müsse aber auch die rechtzeitige Information und die Einflussnahme der Gremien gewährleistet sein. Wenn große Teile eines Förderprojekts nicht fristgerecht abgewickelt werden könnten, müsse frühzeitig Transparenz geschaffen, damit die politisch Verantwortlichen in Kenntnis aller Fakten über Lösungen und Alternativen diskutieren könnten. Dies sei im vorliegenden Fall nicht gelungen, eine Prozesskritik sowohl im Hinblick auf die Maßnahmenabwicklung als auch bezüglich der Kommunikation sei daher sicherlich angebracht. Was das konkret zur Beratung anstehende Projekt Lothringerstraße angehe, so unterstütze man sowohl den Umbau zur Fahrradstraße als auch die Neugestaltung des Platzes und werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Frau Burgdorff wirbt um eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung, nur so könne man die Herausforderungen, die solch komplexe Projekte mit sich brächten, meistern. Förderprogramme wie #AachenMooVe! böten große Chancen für Aachen, seien in den Rahmenbedingungen und im Zeitplan aber auch häufig extrem ambitioniert. Gleichzeitig wolle man als Verwaltung Qualitätsstandards nicht nur inhaltlich, sondern auch im Dialog mit der Öffentlichkeit setzen. In Fall von #AachenMooVe! sei es leider nicht gelungen, alle Belange fristgerecht abzuarbeiten. Dennoch plädiere man dafür, sich auch zukünftig an solchen Förderprogrammen zu beteiligen.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich seitens des Ausschusses Frau Dörter, Frau Breuer, Frau Brinner, die Herren Plum, Baal, Achilles und Dr. Breuer sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff und Frau Strehle.

Herr Hucke richtet abschließend die Bitte an die Verwaltung, die Themen Prozesskritik und Fördermittelmanagement in den Fokus zu nehmen und dem Planungsausschuss in einer der nächsten Sitzungen einen Überblick über den Stand der Förderprojekte in seiner Zuständigkeit zu geben.

Zur Beschlussfassung schlägt Herr Plum vor, den Empfehlungsbeschluss an den Mobilitätsausschuss um einen Hinweis auf die Anmerkungen der Kommission Barrierefreies Bauen zu ergänzen. Zudem könne man die Empfehlung ausdrücklich auf die Zuständigkeit des Planungsausschusses, also auf den Platz beziehen, so dass eine Zustimmung auch bei Bedenken hinsichtlich der Verkehrs- bzw. Mobilitätsaspekte möglich werde.

Herr Baal stellt klar, dass seine Fraktion heute keinerlei Empfehlung aussprechen werde. Stattdessen schlage man vor, den Bericht ohne Beschlussfassung lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, vorbehaltlich der Bereitstellung überplanmäßiger investiver Mittel i.H.v. 1.825.900,00 € durch den Rat im Haushaltsjahr 2022, den Ausführungsbeschluss zur Umsetzung der Maßnahme zu fassen und dabei die Anmerkungen der Kommission Barrierefreies Bauen nach Möglichkeit zu beachten.

Er empfiehlt dem Rat zur Umsetzung der Maßnahme überplanmäßige Mittel i.H.v. 1.825.900,00 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD

zu 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie;

hier: Ergebnis Fassadenwettbewerb

Vorlage: FB 61/0481/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Bebauungsplan Nr. 956 -Branderhofer Weg / Am Römerhof-
hier: - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0488/WP18

Herr Hucke erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Plum übernimmt den Vorsitz.

Frau Burgdorff gibt einleitend einen kurzen wohnungsfachlichen Input und berichtet über den Dialogtag Beverau. Frau Strehle gibt ergänzend hierzu einen Überblick über das bisherige Verfahren und erläutert den städtebaulichen Entwurf, auf dem der aktuelle Rechtsplanentwurf basiere. Die den Vorträgen zugrunde liegenden Präsentationen stehen im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Herr Plum dankt der Verwaltung für die sehr umfassende und gute Vorlage und eröffnet die Diskussion.

Für die Fraktion der Grünen sieht Herr Schaadt in dem Dialogtag ein gelungenes Stück Beteiligungskultur, in dem die betroffenen Menschen in den Mittelpunkt gerückt wurden. In der umfassenden Vorlage werde deutlich, dass die Verwaltung die Aspekte, die im Rahmen der Veranstaltung angesprochen worden seien, bereits auf dem Schirm habe. Die Abwägungsdokumente zeigten eine fachlich intensive Auseinandersetzung mit allen Belangen. Mobilität als wichtiges Thema könne zwar nicht durch Festsetzungen im Bebauungsplan geregelt werden, dennoch sei man zuversichtlich, mit einem Mobilitätskonzept, das auch Angebote zur Partizipation für die Anwohnerschaft biete, eine gute Lösung finden zu können. Kritisch diskutiert worden sei insbesondere die Höhe, hier sehe seine Fraktion jedoch eine richtige Entwicklung mit einer angemessenen Höhengeneration an dieser Stelle, so dass man hoffe, die Höhendiskussion mit der Beschlussfassung in der nächsten Sitzung beenden zu können.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Baal darauf hin, dass heute nur eine Kenntnisnahme vorgesehen sei. Die letzten Wochen bis zur Beschlussfassung wolle seine Fraktion nutzen, um auch noch die letzten vorgebrachten Aspekte zu beleuchten und abzuwägen. Man sei überzeugt davon, mit diesem Projekt insgesamt eine gute Entwicklung für das Quartier in Gang bringen zu können und halte die städtebauliche Figur des Entwurfs grundsätzlich für die richtige Lösung. Mit der Kritik an den Höhen müsse man sich auseinandersetzen. Sofern auch die Perspektiven Bestandteil der Offenlage sein sollten, bitte man die Verwaltung darauf zu achten, dass nicht maßstäbliche Darstellungen als solche gekennzeichnet würden und dass deutlich gemacht werde, dass die Architektur der einzelnen Gebäude noch nicht im Detail feststehe.

Für die Fraktion Die Linke sieht Herr Beus in dem Projekt einen wichtigen Baustein, um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Aachen entgegenzuwirken. Hier bestehe eine der wenigen Chancen, Wohnungen auch jenseits von Renditeerwartungen zu schaffen und den stetigen Verlust an öffentlich geförderten Wohnungen zu minimieren. Für die Skepsis der Anwohnerschaft habe man durchaus Verständnis, aber angesichts des dringenden Handlungsdrucks müsse man die Möglichkeit nutzen, zumindest einen Teil des Bedarfs in einer gewachsenen Struktur zu decken.

Frau Burgdorff weist abschließend darauf hin, dass man mit dem Dialogtag eine erfolgreiche, aber auch eine sehr aufwändige Veranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung umgesetzt habe. Ein solches Format könne angesichts des personellen und auch finanziellen Aufwands nicht zum Standard werden, die Verwaltung werde sich aber bemühen, zukünftig gute Alternativen anzubieten, die etwas weniger Ressourceneinsatz erforderten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Standort für die Kur- und Rehaklinik Burtscheid

Bürgerantrag gem. §24 GO NRW

Vorlage: FB 61/0509/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den in Vorbereitung befindlichen Prozess für die Erstellung des Perspektivplans inkl. begleitender Kommunikation unter Beibehaltung der grundsätzlichen Aufgabenstellung fortzuführen.

- Der Standort der möglichen Klinik wird entsprechend dem Entwurf von Octagon Architekturkollektiv / QUERFELD EINS Landschaft | Städtebau | Architektur sowie unter Würdigung der Empfehlungen der Jury weiter verfolgt.
- Im Rahmen des Perspektivplans wird die Verwaltung die Verträglichkeit des Klinikstandorts vertieft untersuchen und optimieren und dafür verschiedene Szenarien entwickeln.
- Die weiteren Anregungen aus dem Bürgerforum werden darüber hinaus in den bevorstehenden Prozess aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Bebauungsplan Nr. 973 - Karl-Kuck-Straße / Sportplatz - nach § 13a BauGB

hier: - Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB

- Ergebnis der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB

- Erneuter Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/0519/WP18

Als Vertreter der AfD nimmt Herr Palm Bezug auf die Beratungen in der Bezirksvertretung Aachen-Brand, die einen einstimmigen Ergänzungsbeschluss hinsichtlich der Abwicklung der Baustellenverkehre gefasst habe. Um die Berücksichtigung der Sicherheitsbelange der Schule zu gewährleisten, bitte man darum, sich diesem Beschluss im Planungsausschuss anzuschließen.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man das Anliegen der Bezirksvertretung grundsätzlich unterstütze, allerdings könne man die Abwicklung der Baustellenverkehre nicht im Bebauungsplan regeln. Man schlage daher stattdessen vor, der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Baal darauf hin, dass die Regelung der Baustellenerschließung laufendes Geschäft der Verwaltung sei. Dass dabei die Sicherheitsaspekte insbesondere einer Schule Beachtung fänden, sei aus seiner Sicht selbstverständlich. Eine konkrete Abwicklung zu beschließen sei nicht sinnvoll, da sich die Verkehrsführung situationsbedingt während der Bauzeit auch ändern könne.

Für die Fraktion der Grünen schließt sich Frau Dörter der Einschätzung von Herrn Baal grundsätzlich an. Einem Prüfauftrag an die Verwaltung könne man jedoch zustimmen.

Herr Müller bittet darum, insbesondere eine Lösung umzusetzen, die den LKW-Verkehr vor der Schule reduziere. Aus Sicht der Bezirksvertretung sei dies möglich, indem man den Abfluss des Baustellenverkehrs als Rechtsabbieger auf die Trierer Straße ermöglichen könne.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschließt er die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 973 - Karl-Kuck-Straße / Sportplatz - in der vorgelegten Fassung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Abwicklung der zukünftigen Baustellenverkehre zu prüfen und die bestmögliche Lösung unter besonderer Beachtung der Sicherheitsaspekte hinsichtlich der Schule umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 8 Altstadtquartier Büchel - Konzeptverfahren Baustein Wissen:

Eckpunkte Programm und Standort

Vorlage: Dez III/0012/WP18

Frau Burgdorff erläutert die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die Fraktion der Grünen begrüßt Frau Dörter den Fortgang des Gesamtprojekts Altstadtquartier Büchel. Es sei schön zu sehen, dass die Planungen für die einzelnen Bausteine allmählich konkret würden und das gute Gefühl verstärkten, hier eine richtige Entwicklung in Gang gesetzt zu haben. Die in der Vorlage aufgeführten städtebaulichen Ziele könne man unterstützen, man wünsche sich allerdings noch eine präzisere Ausformulierung hinsichtlich der Erdgeschoss- und der Dachflächennutzung. Man halte es für wichtig, dass hier Nutzungen angesiedelt würden, die eine Interaktion mit dem Freiraum und eine Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit gewährleisten.

Für die Fraktion Die Linke stimmt Herr Beus dem zu. Es sei zu überlegen, welche Regelungen einen Zugang für die Öffentlichkeit sicherstellen und wie man entsprechende Nutzungsmöglichkeiten für die Räumlichkeiten fördern könne. Man dürfe die Chance, die sich hier ergebe, nicht verpassen, damit nicht eine unbelebte Erdgeschosszone den Erfolg des Projekts gefährde. Auch die Nutzungsmöglichkeiten für die Dachflächen müsse man unter diesem Aspekt nochmals genauer betrachten und die Vorgaben konkreter fassen.

Für die SPD-Fraktion äußert Herr Plum ebenfalls grundsätzlich Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung und schließt sich den bisherigen Wortbeiträgen zur Bedeutung der Erdgeschoss- und Dachflächen für das Gelingen des Projekts an. Man wolle die Vorgaben hierzu allerdings nicht zu eng fassen, sondern die Möglichkeit für einen Input aus dem Verfahren offenlassen.

Für die CDU-Fraktion begrüßt auch Herr Baal den Fortschritt am Büchel. Beim Baustein Wissen gelte nun, einen privaten Partner für die Realisierung zu finden und auf dessen Konzeption aufbauend Planungsrecht zu schaffen. Die Idee dazu solle der Partner mitbringen, daher halte man es nicht für sinnvoll, die Vorgaben zu eng zu stecken. Man sei sich darüber einig, dass das Erdgeschoss nicht abgeschottet und nicht nur privat nutzbar sein solle, man könne sich aber sicherlich auch eine Verbindung mit den Nutzungen des ersten Obergeschosses vorstellen, wenn diese Kriterien erfüllt seien. Die Anregung bezüglich der Dachflächen könne man mittragen, auch hier halte man aber eine zu konkrete Vorgabe für kontraproduktiv.

Als Vertreterin des Seniorenbeirats weist Frau Roth auf die Beschlussfassung der Kommission Barrierefreies Bauen hin. Man bitte dringend darum, einen seniorengerechten Ausbau zu realisieren und auch während der Übergangsphase z.B. nicht auf ein Leitsystem oder entsprechende Bänke mit Armlehnen zu verzichten.

Frau Burgdorff sagt zu, diese Bitte für die Gestaltung der „Zwischenzeit“ am Büchel mitzunehmen.

Auf Grundlage der in der Diskussion vorgetragenen Anregungen formuliert der Vorsitzende einen Beschlussvorschlag, den er zur Abstimmung stellt.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und bestätigt die städtebaulichen Eckpunkte für das Grundstück „Baustein Wissen“ als Grundlagensetzung für das Konzeptverfahren entsprechend den Erläuterungen dieser Vorlage *bei Präzisierung der aufgeführten Qualitätsmaßstäbe hinsichtlich Erdgeschoss- und Dachflächennutzung wie folgt.*

- Das Erdgeschoss des Bauvorhabens soll aktiv und in Interaktion mit *der Öffentlichkeit* und dem zukünftigen Freiraum genutzt werden *und zugänglich sein.*
- Die Fassade wird ökologisch und/ oder energetisch aktiviert, die Dachfläche *soll möglichst vielfältig nutzbar gemacht werden.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Bericht Varnenum – aktueller Stand der Untersuchungen etc.

Es wird mündlich berichtet.

Herr Schaub informiert den Ausschuss ausführlich über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen und den aktuellen Forschungsstand. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Herr Hucke dankt Herrn Schaub für den interessanten Bericht. Nachdem leider während der Hochphasen der Pandemie die Notwendigkeit bestanden habe, Vorträge auf das absolut notwendige Maß zu beschränken, hoffe man, zukünftig auch wieder häufiger Themen aus Archäologie und Denkmalschutz im Ausschuss behandeln zu können.

Der Ausschuss schließt sich dem Dank an und nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilung liegt schriftlich vor:

- Aufhebung des Durchführungsplans Nr. 475

Darüber hinaus wird zu folgenden Themen mündlich berichtet:

- Mobilitätsforum Aachen/ Vortragsreihe Innenstadtmobilität
- stadt.gestalten/ Dialogreihe des Gestaltungsbeirats in Aachen

zu 11 Neue Nachbarschaft am Kloster der Elisabethinnen

hier: Ergebnis des Werkstattverfahrens

Vorlage: FB 61/0487/WP18

Eine Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Herr Plum berichtet über das Preisgericht und zeigt sich für die SPD-Fraktion sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Hier sei ein sehr gelungener Entwurf ausgewählt worden, auf dessen Grundlage man das Verfahren nun gerne fortführen werde.

Für die Fraktion der Grünen sieht auch Frau Dörter große Vorteile in der Auswahl der Nutzungsvariante „Vielfalt“. Das Konzept werde dem Standort und den speziellen Anforderungen des Ortes gerecht und verspreche zudem einen Mehrwert für den Preusweg und das gesamte Quartier.

Für die Fraktion Die Linke schließt sich Herr Beus den positiven Einschätzungen an. Der Siegerentwurf habe das Potential, im Plangebiet einen offenen und einladenden Ort zu schaffen und eine positive Entwicklung in Gang zu setzen. Man hoffe nun auf eine gute Hand bei der Umsetzung und einen zügigen Fortgang, da die vorgesehenen Nutzungen dringend benötigt würden.

Für die Fraktion der CDU äußert Herr Baal ebenfalls Unterstützung für die Nutzungsvariante „Vielfalt“. Das Plangebiet sei nicht einfach zu bebauen, und sicherlich habe es auch Stimmen gegeben, die für den Erhalt der Wiese hätten, mit dem ausgewählten Entwurf habe man aber nun die Grundlage für eine maßstäbliche und verträgliche Bebauung gefunden. Es gelte nun, diesen Entwurf in einen Bebauungsplan zu fassen, der diese Stärke abbilde und gut umsetzbar sei.

Herr Hucke dankt den Elisabethinnen für die Offenheit und die Bereitschaft, ein Werkstattverfahren in dieser Form durchzuführen. Die Ergebnisse zeigten, dass ein solch frühes und transparentes Agieren zu sehr guten Ergebnissen ohne Zeitverlust gegenüber den herkömmlichen Verfahrensweisen führen könne.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Neue Nachbarschaft am Kloster der Elisabethinnen“ mit der weiteren Konkretisierung der Planung und der Vorbereitung des Bebauungsplanverfahrens.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig